

FREIBERUFLER-TICKER vom 4. Februar 2022

1. Webconventions „Frauensache“ – Programm jetzt online

Das Programm der beiden Webconventions „Frauensache“ ist [online](#). Schon nahezu 200 Interessentinnen und Interessenten haben sich angemeldet. 37 hochkarätige Sprecherinnen und Sprecher aus der Politik, Medienbranche und Privatwirtschaft, sowie Influencerinnen aus der Start-up-Branche wollen mit ihren Erfahrungen zur Gründung ermutigen. Vonseiten der Politik hat Bundestagspräsidentin Bärbel Bas ein Grußwort zugesagt, ferner diskutieren die jungen Abgeordneten Nicole Bauer (FDP), Verena Hubertz (SPD), Jana Schimke (CDU) und – noch angefragt – Melis Sekmen (Die Grünen). Ferner sind dabei EMOTION-Geschäftsführerin Dr. Katarzyna Mol-Wolf, Daniela Meyer und Astrid Zehbe, Chefredakteurinnen finanzielle, The Curvy Magazine-Chefredakteurin und Gründerin Carola Niemann, Philosophin Dr. Rebekka Reinhard sowie Politik-Influencerin und Start-up-Gründerin Vivien Wysocki und Unternehmerin und Content Creatorin Diana zur Löwen. Darüber hinaus beteiligt sind unter anderem Institutionen wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, das Institut für Freie Berufe in Nürnberg, das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn, die Stiftung der Deutschen Wirtschaft, die Deutsche Apotheker- und Ärztekbank, der Verband der Bürgschaftsbanken, der Verband Deutscher Startups etc. So wird das Thema von Expertinnen und Gründerinnen aus verschiedenen Aspekten wie etwa Gründung mit Migrationshintergrund, mit gesundheitlichen Handicaps, entgegen männlicher Dominanz beleuchtet. Die Teilnahme ist kostenfrei (www.emotion.de). Für aktuelle Informationen und Möglichkeiten zur Vernetzung folgen Sie uns auf [Twitter](#) unter den Hashtags #webconvention #gruenderinnen.

2. Freie Berufe im Trend – MFA auf Platz eins der Ausbildungsberufe nach Neuabschlüssen

Erstmals schlossen Frauen in der dualen Berufsausbildung 2021 die meisten neuen Ausbildungsverträge im Beruf der „Medizinischen Fachangestellten“ ab. Mit 17.154 neuen Ausbildungsverträgen setzte sich dieser Beruf auf Platz eins der „[Rangliste 2021 der Ausbildungsberufe nach Anzahl der Neuabschlüsse – Frauen](#)“. Insgesamt wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 2.000 zusätzliche Ausbildungsverträge abgeschlossen, was einem Plus von über 13 Prozent entspricht. Der langjährige Spitzenreiter „Kaufrau für Büromanagement“ wurde dadurch mit 16.725 neuen Verträgen auf den zweiten Platz verdrängt (2020: 16.692). Dahinter folgen die „Zahnmedizinische Fachangestellte“, die „Verkäuferin“, die „Kaufrau im Einzelhandel“ und die „Industriekaufrau“. Von Platz elf auf neun rückte die Steuerfachangestellte vor, die Tiermedizinische Fachangestellte rangiert auf Position 14, die Rechtsanwaltsfachangestellte auf 15. Bei den [Männern](#) liegt der „Kraftfahrzeugmechatiker“ weiterhin unangefochten an der Spitze. Zweitstärkster Ausbildungsberuf bei den jungen Männern bleibt der „Fachinformatiker“, gefolgt vom „Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ und dem „Elektroniker“, die im Vergleich zum Vorjahr die Plätze tauschten. Es folgen in der Rangliste bei den jungen Männern nahezu gleichauf wie bisher die Ausbildungsberufe „Verkäufer“ und „Kaufmann im Einzelhandel“. Die [Ranglisten](#) gab das Bundesinstitut für Berufsbildung am 2. Februar 2022 [bekannt](#).

3. Mehr Studierende im Sommersemester 2021

Die Zahl der Studierenden an deutschen Hochschulen stieg auch in der Coronapandemie weiter an. Wie das Statistische Bundesamt am 2. Februar 2022 [mitteilte](#), waren im Sommersemester 2021 2.787.800 Studentinnen und Studenten an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben. Damit erhöhte sich die Zahl der Studierenden im Vergleich zum Sommersemester 2020 (2.724.900) um 62.900 (plus 2,3 Prozent). Im Sommersemester 2019, vor

Beginn der Coronapandemie, waren 2.702.200 Studierende eingeschrieben. Im Sommersemester 2021 nahmen rund 76.100 Personen erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule auf. Das sind sechs Prozent mehr (plus 4.500) als im Sommersemester 2020 (71.700). Damit lagen die Anfängerzahlen nach dem zwischenzeitlichen Rückgang im ersten Coronajahr aktuell noch leicht unter dem Niveau des Sommersemesters 2019 (79.600).

4. Ausgaben für öffentliche Schulen 2020 je Schülerin und Schüler

Die öffentlichen Haushalte gaben 2020 nach vorläufigen Ergebnissen durchschnittlich 8.500 Euro für die Ausbildung einer Schülerin beziehungsweise eines Schülers an einer öffentlichen Schule aus. Wie das Statistische Bundesamt am 3. Februar 2022 weiter [mitteilte](#), waren das gut 200 Euro (plus 2,8 Prozent) mehr als 2019. Aufgeteilt nach Ausgabearten entfiel mit 6.800 Euro ein Großteil der Mittel auf Personalaufwendungen, die restlichen 1.700 Euro wurden für Investitionen sowie den laufenden Sachaufwand ausgegeben. An allgemeinbildenden Schulen wurden 2020 durchschnittlich 9.200 Euro je Schülerin und Schüler und somit 200 Euro (plus 2,4 Prozent) mehr als im Vorjahr aufgewendet. Zwischen den Schularten zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: An Integrierten Gesamtschulen lagen die Pro-Kopf-Ausgaben bei 10.000 Euro (plus 200 Euro beziehungsweise plus 2,3 Prozent), an Gymnasien bei 9.600 Euro (plus 200 Euro beziehungsweise plus 2,4 Prozent). An Grundschulen wurden durchschnittlich 7.400 Euro (plus 100 Euro beziehungsweise plus 1,8 Prozent) je Schülerin und Schüler ausgegeben.

5. Arbeitsmarkt trotz andauernder Eindämmungsmaßnahmen auch am Jahresanfang auf Erholungskurs

Dieses Fazit zieht die Bundesagentur für Arbeit (BA) am 1. Februar 2022 bei der Vorstellung der [Arbeitsmarktdaten für Januar 2022](#). Der Arbeitsmarkt ist gut in das Jahr 2022 gestartet. Im Zuge der Winterpause erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen im Januar 2022 gegenüber dem Vormonat, und zwar um 133.000 auf 2.462.000. Damit fiel der Anstieg deutlich geringer aus als in den Jahren zuvor. Nach aktuellen Daten zu geprüften Anzeigen wurde vom 1. bis einschließlich 26. Januar 2022 für 286.000 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt. Damit ist diese Zahl im Dezember 2021 und im Januar 2022 wieder deutlich erhöht, was vor allem an vermehrten Anzeigen aus dem Gastgewerbe und dem Handel liegt. Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigen weiter an, die Nachfrage nach neuem Personal bleibt im Januar 2022 auf hohem Niveau. So waren 792.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 225.000 mehr als vor einem Jahr. In der Nachvermittlungszeit am Ausbildungsmarkt für einen sofortigen Ausbildungsbeginn waren von Oktober 2021 bis Januar 2022 mit 67.000 rund 10.000 junge Menschen weniger auf Ausbildungssuche als im letzten Jahr. Dem standen 77.000 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen gegenüber, 5.000 mehr als im Vorjahr. 27.000 Bewerberinnen und Bewerber waren im Januar 2022 noch unversorgt und weitere 21.000 suchten trotz Alternative weiterhin eine Ausbildungsstelle. Gleichzeitig waren knapp 14.000 Ausbildungsstellen noch unbesetzt. Am Ende des Nachvermittlungszeitraums befanden sich 13.000 Bewerberinnen und Bewerber in einer Berufsausbildung.

6. Homeoffice-Nutzung gestiegen

Die steigenden Coronazahlen brachten mehr Beschäftigte ins Homeoffice zurück. Im Januar 2022 arbeiteten dort zeitweise 28,4 Prozent der Beschäftigten, im Dezember 2021 waren es 27,9 Prozent. Das geht aus einer Umfrage des ifo Instituts hervor, die am 1. Februar 2022 [veröffentlicht](#) wurde. Die Homeoffice-Quote ist weiter gestiegen, liegt jedoch gut drei Prozentpunkte unter dem Höchstwert vom März 2021. Das vom ifo Institut ausgerechnete Homeoffice-Potenzial von 56 Prozent ist nach wie vor bei Weitem nicht ausgeschöpft.

7. Studie vergleicht Spracherwerb von Geflüchteten und anderen Neuzugewanderten

Geflüchtete erlernen die deutsche Sprache fast genauso schnell und genauso gut wie andere Neuzugewanderte – obwohl sie mit anderen Ausgangsbedingungen starten: Da sie meist überstürzt aus ihrem Heimatland geflohen sind, haben sie bei Ankunft in Deutschland in der Regel keine Sprachkenntnisse. Deutliche Verbesserungen bei den Deutschkenntnissen erzielen sie über Sprachkurse. Fast drei Viertel der Geflüchteten besuchen einen solchen. Andere Neuzugewanderte erlernen dagegen die deutsche Sprache häufiger über Alltagskontakte, zum Beispiel an der Arbeitsstätte. Dies sind die Ergebnisse einer am 2. Februar 2022 [veröffentlichten](#) Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die auf Geflüchteten- und Migrationsstichproben des Sozio-oekonomischen Panels basiert.

8. Coronapandemie und Innovationen

Die deutsche Wirtschaft reduzierte im ersten Jahr der Coronakrise ihre Innovationsausgaben um 3,6 Prozent auf 170,5 Milliarden Euro. Zwölf Prozent der Unternehmen verzichteten aufgrund der Pandemie gänzlich auf die Durchführung von Innovationsaktivitäten. Gleichzeitig investierten elf Prozent der Unternehmen aufgrund der Pandemiesituation in zusätzliche Produktinnovationen, zwölf Prozent trieben zusätzliche Prozessinnovationen voran. Das sind zentrale Ergebnisse der Innovationserhebung 2021, die am 1. Februar 2022 [veröffentlicht](#) wurde und für die das ZEW Mannheim im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung Unternehmen in Deutschland befragte. Der Rückgang der Innovationsausgaben betraf in erster Linie Großunternehmen. Die Planzahlen für 2021 und 2022 zeigen jedoch, dass der Rückgang bald wettgemacht werden dürfte. Für das Jahr 2021 ist mit einem Anstieg der Innovationsausgaben um 2,1 Prozent auf 174,1 Milliarden Euro zu rechnen. Im laufenden Jahr 2022 könnten die Ausgaben um weitere 1,2 Prozent auf 176,1 Milliarden Euro ansteigen. Kleine und mittlere Unternehmen hielten im ersten Pandemiejahr ihre Innovationsausgaben in Summe stabil. Allerdings planen sie – im Gegensatz zu Großunternehmen – mit sinkenden Innovationsbudgets für 2021 und 2022. Für das zweite Pandemiejahr 2021 wird ein Rückgang von sechs Prozent prognostiziert, für das Jahr 2022 ein Minus von acht Prozent.

9. Außergewöhnliches Förderjahr 2021

Das Fördervolumen der KfW liegt laut deren [Mitteilung](#) vom 1. Februar 2022 für 2021 mit 107 Milliarden Euro weiterhin auf einem hohen Niveau (2020: 135,3 Milliarden Euro; 2019: 77,3 Milliarden Euro), ist aber im Vergleich zum Krisenjahr 2020 zurückgegangen (minus 21 Prozent). Die abgeschwächte Nachfrage nach Coronahilfen infolge der Beendigung des Lockdowns bestimmt laut KfW den Zusagerückgang im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. So sieht die KfW eine starke Fördernachfrage in den Bereichen Klimawandel und Umwelt und erfreulicherweise einen Rückgang in der Nachfrage nach den Coronahilfen. Die Zusagen für Coronahilfsprogramme im Inland belaufen sich auf 10,1 Milliarden Euro und liegen damit deutlich unter dem Niveau des Krisenjahrs 2020 in Höhe von 46,9 Milliarden Euro.

10. Trend zu mehr Liberalisierung im Dienstleistungshandel

Nach Jahren stetig zunehmender Handelshemmnisse im Dienstleistungsverkehr gab es 2021 Anzeichen eines Umschwungs. Wie eine am 1. Februar 2022 veröffentlichte [OECD-Studie](#) zeigt, ist die Liberalisierung der Märkte im vergangenen Jahr schneller vorangeschritten als der Aufbau neuer Beschränkungen. Im jährlich aktualisierten „Services Trade Restrictiveness Index“ (STRI) untersucht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Rahmenbedingungen für den Handel mit Dienstleistungen in den 38 OECD-Ländern und zwölf weiteren Ländern. Der Index deckt 22 Kernbereiche des Dienstleistungssektors ab – darunter

auch Steuer- und Rechtsberatung sowie Architektur- und Ingenieurdienstleistungen. Deutschland bescheinigt der Index ein insgesamt günstiges Umfeld für den Handel mit Dienstleistungen. Gleichwohl sollte laut Studie etwa die Freizügigkeit von Dienstleistungsanbietern zumindest in bestimmten Bereichen verbessert werden.